

## "Schuman-Plan - Der geheime Vertrag oder die Herrschaft der Technokratie" in La Libre Belgique (11. November 1951)

**Legende:** Während sich die Befürworter Europas über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) freuen, kritisiert die konservative Tageszeitung La Libre Belgique am 11. November 1951, dass der Vertrag zu sehr unter Verschluss gehalten wurde und zu fachlich ist.

**Quelle:** La Libre Belgique. 11.11.1951, n° 315; 68e année. Bruxelles: Société d'Édition des Journaux du Patriote. "Le Plan Schuman ", auteur:T. , p. 3.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/schuman\\_plan\\_der\\_geheime\\_vertrag\\_oder\\_die\\_herrschaft\\_der\\_technokratie\\_in\\_la\\_libre\\_belgique\\_11\\_november\\_1951-de-aaf7279e-ofod-4ea6-96e6-180b2981b001.html](http://www.cvce.eu/obj/schuman_plan_der_geheime_vertrag_oder_die_herrschaft_der_technokratie_in_la_libre_belgique_11_november_1951-de-aaf7279e-ofod-4ea6-96e6-180b2981b001.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Der Schuman-Plan

### Der geheime Vertrag oder die Herrschaft der Technokratie

Die Einwände, die in zahlreichen Kreisen hinsichtlich des als Schuman-Plan bekannten Kohle- und Stahl-„Pools“ erhoben wurden und denen wir unserer Ansicht nach Öffentlichkeit verleihen musste, haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Parlamentarier erregt.

Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat sich die Debatte über diese Frage plötzlich ausgeweitet, und die Regierung hat sich schließlich verpflichtet, ein wenig mehr Licht in die Angelegenheit zu bringen. So zerstreut sich ein wenig der Eindruck, dass höheren Orts versucht wurde, dem Land aus Gründen, die es nichts angehen, den Schuman-Plan aufzuzwingen.

Sowohl in Frankreich als auch bei uns wurden Stimmen gegen diese aufgezwungene Politik und gegen den seltsamen Anspruch einiger Fachleute laut, den regulären Vertretern der Staatsgewalt ihre Lösungen aufzwingen zu wollen. Diese Herrschaft der „Technokratie“ wurde von Emile Roche, einem Mitglied des französischen Wirtschaftsrates, verurteilt. Er gibt denen die Schuld, die *eine Art Verachtung gegenüber den Parlamenten und der öffentlichen Meinung an den Tag legten, sobald diese nicht nach Art der Werbeagenturen verstanden werde.*

Der Autor dieses Artikels weist sorgfältig darauf hin, dass der Vertragsentwurf von den Fachleuten am 15. März unterzeichnet wurde, und dass einen Monat später *bevor die Öffentlichkeit und die Abgeordneten Zeit hatten, den langen und komplizierten Text wirklich zu studieren, ihn die Außenminister der sechs beteiligten Staaten schon unterzeichneten. Sicher, führt Roche weiter an, hätten sie eine ganze Reihe wichtiger Änderungen vorgenommen. Aber eine ausgiebige Befragung der Öffentlichkeit, eine große Debatte im Parlament und in der Presse hätten zu zahlreichen weiteren Vorschlägen geführt. Wie habe man so an ein Täuschungsmanöver glauben lassen wollen? ... Genau so bereite man einen üblen Streich vor.*

*Solche Praktiken hätten wenigstens einen Vorteil: Sie seien eine Warnung. Sie beleuchteten die Zukunft. Diese Verachtung der Fachleute für alles Gewöhnliche, dieser Wille, im Geheimen zu arbeiten, ohne den Willen der Völker zu berücksichtigen, seien bereits zu Tage getreten, als der Monnet-Plan ausgearbeitet wurde. Heute fänden wir sie wieder. Wir können doch zu Recht annehmen, dass wir sie morgen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wiederfinden? Und wir hätten Recht, wenn wir die neuen Institutionen, die man vorschlägt, uns aufzwingen will, im Lichte dieser Annahme und dieser Erfahrung untersuchen?*

Mindestens zwei Mal wurde den demokratischen belgischen Institutionen eine technokratische Diktatur aufgezwungen. Am 6. Oktober 1944 erlitten wir – ohne Anhörung des Parlaments – die Plünderung unserer Währung, das Vermögensverzeichnis, die Kapitalsteuer, wodurch Experimentatoren ohne Erfahrung unsere Währung aufzuwerten suchten; wir wissen – ach nur zu gut! –, zu welchen Enttäuschungen das geführt hat. Am 23. Dezember 1945 hatten wir uns kopfüber in den internationalen Währungspool – sprich: Bretton Woods – gestürzt. Das zwang uns, mehr als zwei Milliarden in Gold zu zahlen und uns bereit zu erklären, auf Anforderung 16 Milliarden zu zahlen; die Gründer dieses Systems versprachen, dass die Währungen unter Leitung des Währungsfonds stabil und konvertierbar würden; wir wissen – ach nur zu gut! –, wohin all diese falsche Sicherheit die Währungen in Europa geführt hat.

Heute versprechen uns die Technokraten des Schuman-Plans Kohle im Überfluss und zu niedrigen Preisen, wenn wir nur einwilligen wollten, einen Großteil unserer Minen auf Sparflamme zu halten oder zu schließen.

Die Kohlefachleute sind damit nicht einverstanden, auch der gesunde Menschenverstand nicht, und das Mindeste, was man von der Regierung verlangen kann, die den Vertrag am 18. April ratifiziert hat, ohne dem Parlament Bericht zu erstatten, ist, im Moment der Entscheidung nicht mehr die Vertrauensfrage zu stellen. So muss sich kein öffentlicher Vertreter dazu verpflichtet fühlen, die Interessen des Landes innenpolitischen Erwägungen zu opfern.

T.